

VORBEMERKUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

die folgenden drei Beiträge setzen die in SPRACHREPORT 1/2022 begonnene Staffel zum Thema „25 Jahre Rechtschreibreform“ fort.

Während in der ersten Ausgabe Perspektiven auf Konzeption, Ziele, Rechtschreib- und Normentwicklung sowie öffentliche Resonanz seit 1996 in Deutschland im Vordergrund standen – über die Arbeit der Kommission für deutsche Rechtschreibung (Dieter Neri) bis zum Rat für deutsche Rechtschreibung 2022 (Norbert Wolf, Sabine Krome) –, beleuchten die vorliegenden Beiträge die Auswirkungen der Reform in ihren verschiedenen Stadien vorrangig im Hinblick auf Rezeption, Vermittlung und Umsetzbarkeit für professionell und semiprofessionell Schreibende in Österreich und der Schweiz.

Auf den Diskurs und die langanhaltende Kontroverse über die Rechtschreibreform und die Folgen im Spiegel der öffentlichen Wahrnehmung in Österreich geht Benedikt Kommenda ein, Journalist bei „Die Presse“, Wien. Er ist als Vertreter des österreichischen Journalismus Mitglied im Rat für deutsche Rechtschreibung seit 2009. Es folgt ein Beitrag von Prof. Dr. Thomas Lindauer und Prof. Dr. Claudia Schmellentin. Lindauer lehrt u.a. an der Universität Basel und war als Ko-Leiter des Zentrums Lesen und des Lehrmittels „Die Sprachstarken“ bei der Entwicklung der Schweizer Bildungsstandards sowie des Lehrplans 21 beteiligt. Schmellentin ist Vertreterin der Schweizer Fachwissenschaft und Mitautorin desselben Lehrmittels. Als langjährige Mitglieder des Rats für deutsche Rechtschreibung (Lindauer seit 2004, Schmellentin seit 2006) nehmen sie Stellung zu den Auswirkungen der Rechtschreibreform auf das Schweizer Schulsystem sowie zu Konzeption und didaktischen Prinzipien des Orthografie-Unterrichts in der Schweiz. Den Abschluss macht Prof. Dr. Jutta Ransmayr mit einem Beitrag über schulische Rechtschreibleistungen auf der Basis einer Auswertung österreichischer Matura-Arbeiten. Sie lehrt Sprachdidaktik am Institut für Germanistik der Universität Wien und ist Mitglied im Rat für deutsche Rechtschreibung seit 2011. (red.)

Benedikt Kommenda

DIE RECHTSCHREIBREFORM UND DIE FOLGEN IM SPIEGEL DER ÖFFENTLICHEN WAHRNEHMUNG. EINE PERSPEKTIVE AUS ÖSTERREICH

Der Autor ist Journalist und Redakteur der in Wien erscheinenden Tageszeitung „Die Presse“ und vertritt seit 2009 Österreich für den Bereich der schreibenden Berufe im Rat für deutsche Rechtschreibung.

Die Einführung der neuen deutschen Rechtschreibung in den 1990er Jahren hatte wegen vieler umstrittener Neuerungen für eine beispiellose Präsenz des Themas Orthografie in den Medien gesorgt. Ähnlich große Aufmerksamkeit wurde der Rechtschreibung erst wieder rund um die „Reform der Reform“ 2006 zuteil. Mittlerweile ist dieses Thema in der Öffentlichkeit von der Diskussion über das Gendern verdrängt; das Problem einer großen Verunsicherung vieler Schreibender bleibt aber bestehen.

Reaktionen auf die Reform – Argumente und Kontroversen

Als im Sommer 1998 die erste Reform der deutschen Rechtschreibung seit Anfang des 20. Jahrhunderts verbindlich werden sollte, war zunächst noch die Rechtsprechung am Zug. In Österreich hatten vier Antragsteller mit verschiede-

nen Begründungen die Legalität der Reform in Zweifel gezogen. Doch der österreichische Verfassungsgerichtshof entschied am 25. Juni 1998, dass alle rechtlichen Einwände gegen die umstrittenen Neuerungen unzulässig waren (vgl. VfGH 1998). Am 14. Juli 1998, nur zwei Wochen vor dem geplanten Inkrafttreten der neuen Rechtschreibung für die Schulen – und, in Österreich, für die Behörden –, gab auch das deutsche Bundesverfassungsgericht grünes Licht: Die Verfassungsbeschwerde gegen die Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung war unbegründet (BVerfG 1998).

Dass sogar die Höchstgerichte angerufen und ihre Entscheidungen mit entsprechend hoher Spannung erwartet wurden, war ein deutliches Zeichen für den Widerstand, auf den die Rechtschreibreform gestoßen war. Acht Staaten, neben

Deutschland und Österreich auch die Schweiz und Liechtenstein sowie Belgien, Italien, Ungarn und Rumänien, hatten am 1. Juli 1996 in Wien die ‚gemeinsame Erklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung‘ unterschrieben. Viele Sprachwissenschaftler bezeichneten die Reform damals als klein: „Pläne, sehr weitgehend in die Schreibung von Lauten einzugreifen und etwa *ai* durch *ei*, *ä* durch *e* zu ersetzen (Keiser statt Kaiser, Demmerung statt Dämmerung) mußten aufgegeben werden“, schrieb damals die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ richtigerweise noch in alter Rechtschreibung (1.7.96, S. 7). Und weiter: „Statt der von vielen Sprachwissenschaftlern geforderten ‚gemäßigten Kleinschreibung‘ (Großschreibung nur am Satzanfang und in Eigennamen) kommt jetzt die ‚modifizierte Großschreibung‘ (noch mehr Wörter als bisher werden groß geschrieben)“ (ebd.).

DEUTLICHE ZEICHEN DES WIDERSTANDS GEGEN DIE RECHTSCHREIBREFORM WAREN DIE ANRUFUNG DER HÖCHSTEN GERICHTE IN ÖSTERREICH UND DEUTSCHLAND

Theoretisch wäre also viel mehr möglich gewesen. Praktisch brach jedoch ein Proteststurm gegen „das Kleine“ los, das offenbar doch zu groß – oder nach Meinung mancher überhaupt unnötig – war. Nachdem eine neue Auflage des Dudens in neuer Rechtschreibung erschienen war, machten anlässlich der Frankfurter Buchmesse im Oktober 1996 Dutzbende Fachleute, Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Studierende, Schülerinnen und Schüler ihrem Ärger Luft: In der „Frankfurter Erklärung“ vom 6. Oktober baten sie „die verantwortlichen Politiker in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz“, die Reform „umgehend zu stoppen und bei der bisherigen Rechtschreibung zu bleiben“ (URL 1). Die Unterzeichner kritisierten, es habe sich um einen Überraschungsakt „einer kleinen, weitgehend anonymen Expertengruppe“ gehandelt, die Milliarden von – damals noch – D-Mark Kosten und jahrzehntelange Verwirrung stiften würde. Auch wenn die Reform bei weitem nicht so überraschend gekommen war, sondern jahrelang diskutiert und von durchaus bekannten Fachleuten aus den deutschsprachigen Ländern ausgearbeitet worden war: Mit der jahrzehntelangen Verunsicherung sollten die Kritiker von damals Recht behalten.

Über viele Monate war die neue Rechtschreibung eines der beherrschenden Themen der medialen Berichterstattung in Deutschland wie auch in Österreich. Dabei fanden sich die Zeitungen in einer interessanten Doppelrolle wieder, die sie

im Zusammenhang mit jeglichen Überlegungen zur Reform der Orthografie niemals ablegen können: Sie waren und sind einerseits der Spiegel des öffentlichen Diskurses über die Rechtschreibung, und andererseits zählen sie mit ihren massenweise produzierten Publikationen zu den wichtigsten Multiplikatoren in der Anwendung und Verbreitung der geschriebenen Sprache.

DIE TAGESZEITUNG „DIE PRESSE“ VERKÜN- DETE 1997 ALS AKT ZIVILEN UNGEHOR- SAMS, DASS SIE AUCH KÜNFTIG KEINE MAJONÄSE SERVIEREN ODER ÜBER- SCHWÄNGLICH JUBELN WÜRDE

Vor diesem Hintergrund setzte die bürgerlich-liberale „Presse“ im Herbst 1997 ein Zeichen: „Die Presse“ macht nicht mit!“, lautete der Titel des Leitartikels von Andreas Unterberger am 6. September 1997 (S. 2). Und in einer programmatischen Erklärung auf Seite 1 zu diesem Akt zivilen Ungehorsams hieß es: „Die Presse“ wird auch künftig keine *Majonäse* servieren, sie wird keine *Gämsen* jagen und auch nicht *überschwänglich* jubeln, wenn wieder einmal irgendwelche Bürokraten und Politiker über die Köpfe der Leute hinweg absurde Regeln durchsetzen wollen.“ Die Mehrheit der deutschsprachigen Zeitungen ging hingegen in die andere Richtung: Spätestens ab Sommer 1999 erschienen nahezu alle Zeitungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz nach den damals neuen Regeln.

Allerdings nicht auf Dauer: Am 27. Juli 2000 kündigte die Frankfurter Allgemeine Zeitung an, am darauffolgenden 1. August zur alten Rechtschreibung zurückzukehren. Sie habe vor einem Jahr die Neuregelung nur übernommen, „weil sie die Einheitlichkeit der deutschen Schriftsprache nicht gefährden wollte“, schrieb Kurt Reumann, FAZ-Redakteur und kritischer Beobachter der Reform, aus diesem Anlass. Mittlerweile habe sich aber abgezeichnet: „Die neue Rechtschreibung rettet die Einheitlichkeit nicht, vielmehr zerstört sie sie“ (URL 2).

Trotz dieser vernichtenden Diagnose trat im Lauf der Zeit ein gewisser Gewöhnungseffekt ein. Zwar schien niemand wirklich glücklich zu sein mit der neuen Rechtschreibung, aber mehr und mehr Menschen nahmen sie hin, wie sie war. Das spiegelte sich auch in einem Schwenk der „Presse“ wider: Anlässlich einer Blatt- und Layoutreform übernahm die



Abb. 1: Aufruhr um die Rechtschreibreform in österreichischen Zeitungen

Zeitung am 27. Februar 2003 im Wesentlichen doch die Rechtschreibreform. Chefredakteur Andreas Unterberger begründete dies mit Umfragen, denen zufolge schon fast die Hälfte der Leser diesen Wechsel wünschte und auch viele Eltern und Lehrer den Kindern die neue Rechtschreibung vorlegen wollten. „Vor allem aber haben die letzten Wartejahre dazu geführt, daß Duden und andere Wörterbücher viele der ärgsten Unsinnigkeiten der neuen Rechtschreibung wieder zurückgenommen haben“, schrieb Unterberger am letzten Tag der Geltung der alten Schreibung für die „Presse“ (26.2.2003, S. 2). Der „bürgerliche Ungehorsam der ‚Presse‘ und vieler Schriftsteller (habe) auch im nachhinein sehr viel Sinn gehabt“, führte Unterberger noch in alter Façon weiter aus.

TROTZ VERNICHTENDER DIAGNOSEN KRITISCHER STIMMEN TRAT IM LAUF DER ZEIT EIN GEWISSER GEWÖHNUNGSEFFEKT EIN – MEHR UND MEHR MENSCHEN NAHMEN SIE HIN

Tatsächlich hatten im Hintergrund längst Bemühungen eingesetzt, der Reform die Spitzen zu nehmen, sie auf ein allgemein besser verträgliches Maß zu stützen. So wurde beispielsweise 2004, von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, die mit der Reform eingeführte Schreibung *Leid tun* in *leidtun* korrigiert. Die Silbe *leid* ist in diesem Zusammenhang kein Substantiv, sondern wird – in der Zusammenschreibung – als adjektivischer Bestandteil behandelt. Zu *allein stehend* gesellte sich fakultativ *alleinstehend*, *Rat suchend* durfte fortan auch *ratsuchend* geschrieben werden, *Platz sparend* auch *platzsparend*.

Solch kleinere Korrekturen konnten nicht verhindern, dass im Sommer 2004 in Deutschland erneut eine große Diskussion über die Rechtschreibreform losbrach. Denn das bevorstehende Ende jener Übergangsfrist, innerhalb derer alte Schreibungen in den Schulen nur als überholt, noch nicht als falsch zu werten waren, warf seinen Schatten voraus. Am 1. August 2005 sollte es so weit sein, ein Jahr davor kochte die politische Auseinandersetzung in Deutschland erneut hoch. Führende Medien taten das Ihre dazu: Diesmal waren es „Der Spiegel“, die „Süddeutsche Zeitung“ und „Die Welt“, welche der FAZ folgten und ihre Rückkehr zur alten Rechtschreibung ankündigten. In Österreich wurde diese Diskussion zunächst relativ gelassen aufgenommen: „All das lässt die Betroffenen in Österreich ziemlich kalt“, schrieb Eric Frey damals in seinem Kommentar „Verbissene Rechtschreiber“ für die Zeitung „Der Standard“ (9.8.2004, S. 24).

Diese Diagnose hielt freilich nur wenige Tage. Denn im Sommer werden in den Medien oft auch relativ kleine Themen groß. So titelte die „Kronen Zeitung“, Österreichs meistgelesenes Blatt, am 12. August 2004 auf Seite 1 überraschend mit „Schluß mit neuer Rechtschreibung“, wobei das scharfe S zur Betonung in Knallrot gehalten war. Zwei Tage später reicherte eine Gruppe von Künstlern und Wissenschaftlern die Debatte um eine nationale Note an: Unter dem Titel „Österreichisch als eigene Sprache!“ veröffentlichten sie ein Manifest, in dem sie dafür eintraten, dass Österreich nicht mehr länger an der „deutschen Rechtschreibreform“ mitwirke und Sprachinteressierte stattdessen eine österreichische Schriftsprache entwickelten (URL 3).

IM SOMMER 2004 TRAT DIE „KRONEN ZEITUNG“ DAFÜR EIN, DASS ÖSTERREICH NICHT MEHR LÄNGER AN DER „DEUTSCHEN RECHTSCHREIBREFORM“ MITWIRKE. NACHDENKLICHE STIMMEN KRITISIERTEN DIESES MEDIALE SPIEL ALS „SEUCHENAUSBRUCH DER MEDIALEN SELBSTREFERENZ“

Während die „Kronen Zeitung“ über das „riesige Echo“ jubelte, das ihre Titelseite (in deutschen Medien) ausgelöst habe – als Beleg dafür brachte sie unter anderem ein Faksimile aus der „Bild“-Zeitung mit der Überschrift „Österreichs größte Zeitung kippt Schlechtschreibreform“ (Kronen Zeitung 15.8.2004, S. 4), meldeten sich auch nachdenkliche Stimmen zu Wort, die das Spiel der Medien in der aufgeregten Diskussion thematisierten und kritisierten. „Wir haben es mit einem Seuchenausbruch der medialen Selbstreferenz zu tun“, konstatierte Frido Hütter scharfsichtig in der „Kleinen Zeitung“ (16.8.2004, S. 6).

Amtlicherseits nahm die Reform indessen ihren Lauf. Spitzenbeamte aus Deutschland, der Schweiz und Österreich verständigten sich am 23. August 2004 in Wien auf die Einsetzung eines Rats für deutsche Rechtschreibung, der die Zwischenstaatliche Kommission für deutsche Rechtschreibung unter dem Österreicher Karl Blüml ablösen sollte. Die politische Einigung jenes Sommers – vor allem der deutschen Kultusministerkonferenz –, an der Reform festzuhalten und die Übergangsfrist wie geplant mit dem 1. August 2005 enden zu lassen, wurde so mit einem Signal an die Kritiker verbunden: Der Rat sollte die Debatte versachlichen, die Politik nahm sich zurück. Am 17. Dezember 2004 konstituierte sich der Rat für deutsche Rechtschreibung am Institut für Deutsche Sprache in Mannheim.

DER 2004 GEGRÜNDETE RAT FÜR DEUTSCHE RECHTSCHREIBUNG SOLLTE DIE DEBATTE VERSACHLICHEN

Seine erste Aufgabe war es, die Reform nochmals gründlich zu überprüfen und Nachbesserungen in den umstrittensten Punkten vorzuschlagen. Das Wirken des Rats wurde von den Medien kritisch beobachtet, bis schließlich die Kultusministerkonferenz am 2. März 2006 einer umfassenden „Reform der Reform“ zustimmte und damit auch eine Vorentscheidung für die anderen deutschsprachigen Länder traf. Die Neuerungen betrafen vor allem die Getrennt- und Zusammenschreibung, die Groß- und Kleinschreibung, die Kommasetzung und die Worttrennung am Zeilenende (vgl. URL 4).

Erneute öffentliche Debatten um Rechtschreibung: das Thema ‚Gender‘

Weil sich der Rat seither auf die Beobachtung des Schreibgebrauchs konzentriert und keine größeren Regeländerungen auf dem Programm standen, hat sich die Erregungskurve im Diskurs über die Rechtschreibung, wenn ein solcher denn überhaupt noch geführt wird, deutlich abgeflacht. In den vergangenen drei Jahren sah sich der Rat zunehmend mit der Erwartung konfrontiert, Aussagen über das ‚richtige‘ Gendern zu treffen. Dabei wurde jedoch in der Öffentlichkeit häufig nicht beachtet, dass der Rat nicht sprachpolitisch tätig ist. Gemäß Statut ist es seine Aufgabe, die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im gesamten deutschen Sprachraum zu bewahren. Dieser Auftrag verlangt von ihm, auch geschlechtergerechte Sprache vor allem anderen mit Blick auf orthografische Aspekte und Systematiken zu betrachten. Dabei geht es auch darum, welche Folgewirkungen besonders die durch verkürzende Formen wie Genderstern oder Unterstrich veränderten Schreibungen und Wortbildungen in Bezug auf die Lesbarkeit und Verständlichkeit von Texten haben und ob sie dem allgemeinen Schreibusus entsprechen. Der Rat kann so zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen, indem er besonnen und wissenschaftlich fundiert arbeitet – auf der Basis empirischer Schreibbeobachtung.

GESCHLECHTERGERECHTE SPRACHE WIRD IM RAT VOR ALLEM ANDEREN MIT BLICK AUF ORTHOGRAFISCHE ASPEKTE UND SYSTEMATIKEN BETRACHTET. DER RAT BEOBACHTET DEN SCHREIBGEBRAUCH UND IST NICHT SPRACHPOLITISCH TÄTIG

Sowohl bei seiner Sitzung im November 2018 in Passau als auch beim – pandemiebedingt hybriden – Treffen vom März 2021 in Mannheim erklärte der Rat unter seinem Vorsitzenden Josef Lange, dass und warum eine geschlechtergerechte Sprache nicht primär eine Frage der Orthografie sei. Beide Male betonte der Rat auch, dass es angesichts der vielfältigen Gebräuche, beide Geschlechter oder auch noch ein drit-

tes, diverses zu adressieren, noch zu früh sei, Empfehlungen für bestimmte Schreibweisen abzugeben (vgl. Rat für deutsche Rechtschreibung 2018, 2021).

In Kontrast zur Zurückhaltung des Rechtschreibrats steht eine aktivere Linie des Dudens. Er hat in seine 28. Auflage erstmals Hinweise zu einem gendergerechten Sprachgebrauch aufgenommen, mit denen die Unzulänglichkeit des ‚generischen Maskulinums‘ ausgeglichen werden sollte. „Es ist zu beobachten, dass sich die Variante mit Genderstern in der Schreibpraxis immer mehr durchsetzt“, heißt es da im Abschnitt „Geschlechtergerechte Personenbezeichnungen“. Und weiter: „Zu finden ist sie besonders in Kontexten, in denen Geschlecht nicht mehr nur als weiblich oder männlich verstanden wird und die Möglichkeit weiterer Kategorien angezeigt werden soll“ (URL 5).

Gibt der Duden damit einen besseren Rechtschreib-Rat als der Rechtschreibrat? Dieser empfahl in Mannheim den Asterisk nicht nur nicht, sondern er riet in seiner Pressemitteilung vom 26. März 2021 sogar ausdrücklich davon ab. „Die geschriebene deutsche Sprache ist nicht nur von Schülerinnen und Schülern zu lernen, die noch schriftsprachliche Kompetenzen erwerben“, erläuterte der Rat (Rat für deutsche Rechtschreibung 2021). Rücksicht zu nehmen sei auch auf die mehr als zwölf Prozent aller Erwachsenen mit geringer Literalität, die nicht in der Lage seien, auch nur einfache Texte zu lesen und zu schreiben. Auch Menschen, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache erlernten, sollte der Sprach- und Schriffterwerb nicht erschwert werden. „Diese Kriterien geschlechtersensibler Schreibung werden von den in den letzten Jahren in manchen Bereichen, vor allem Kommunen und Hochschulen, verfügbaren Vorgaben zur geschlechtergerechten Schreibung nicht erfüllt. Das gilt vor allem für die Nutzung von Asterisk, Unterstrich, Doppelpunkt und andere verkürzende Zeichen, die innerhalb von Wörtern eine ‚geschlechtergerechte Bedeutung‘ zur Kennzeichnung verschiedener Geschlechtsidentitäten signalisieren sollen.“

Christiane M. Pabst, Chefredakteurin des Österreichischen Wörterbuchs (ÖWB), beobachtet den Umgang des Dudens mit dem Thema Geschlechtergerechtigkeit mit gewisser Skepsis, wie sie im Gespräch mit dem Autor erklärt. Im Ge-

gensatz zum ÖWB nehme der Duden auch Wörter auf, die nicht unbedingt dem heutigen Usus entsprächen, wie *Gästin* oder *Bösewichtin* (beide Einträge finden sich allerdings auch schon in früheren Auflagen des Rechtschreibdudens, jedenfalls der 26. und der 27.). Immerhin nimmt Pabst, wohl auch als Folge der erstmals abgegebenen Hinweise zum gendergerechten Sprachgebrauch in der 28. Auflage, eine erhöhte Aufmerksamkeit für das ÖWB wahr, die sich durch vermehrte Anfragen in ihrem Verlag ausdrücke: „Gerade durch das Gendern im Duden stellen wir mehr Interesse am Österreichischen Wörterbuch fest, als wir vorher hatten.“ Das ÖWB wird in der nächsten Auflage, die im Juni 2022 erscheinen soll, nicht gegenderte Einträge – wie etwa *Arbeitnehmerveranlagung* – als solche markieren: mit *ngW* für ‚nicht gegenderte Wortform‘. „Aber wir bilden nur ab, was der Sprachgebrauch ist“, sagt Pabst.

Vor allem Universitäten und andere öffentliche Institutionen schreiten im Gendern derweil voran. So preschte das Rektorat der Universität Wien im Dezember 2019, also etwas mehr als ein Jahr nach dem Passauer Beschluss des Rechtschreibrats, mit neuen Richtlinien über den geschlechtergerechten Sprachgebrauch vor: „Um die Realität geschlechtlicher Vielfalt sprachlich sichtbar zu machen, sollte mit Sternchen * gegendert werden“, ließ die größte Hochschule Österreichs und des deutschsprachigen Raums ihre Lehrenden und Studierenden in einem Newsletter wissen (Die Presse, 20.12.19, S. 27). Als Leitlinie gab die Führung der Universität ihrer Administration vor, „Formulierungen zu wählen, die respektieren, dass manche Menschen weder ‚weiblich‘ noch ‚männlich‘ sind und die Gleichstellung sprachlich zum Ausdruck bringen“. Das Rektorat weiter: „Als Mittel zum Ausdruck der Geschlechterdiversität dient, soweit auf unterschiedliche Geschlechter Bezug genommen wird, insbesondere auch der sogenannte Genderstern *“ (ebd.).

Die Stadt Wien geht sogar noch einen Schritt weiter und bemüht sich auch bei Tieren um eine geschlechtergerechte Bezeichnung. Die stadteigene Rathauskorrespondenz vermeldete am 7. November 2021, dass auf der Donauinsel eigens für die Pflege der Wiese gehaltene Schafe die heurige Mäh-Saison beendet hätten. Der Bericht begann mit diesem Satz:

„Sie fühlen sich rundum wohl auf der Insel: Die 70 Krainer Steinschafe, die heuer bereits die dritte Saison als „tierische MitarbeiterInnen“ der Stadt Wien – Wiener Gewässer auf der Donauinsel verbracht haben“ (URL 6). Auf eine Anfrage der „Kronen Zeitung“, ob nun denn auch Schafe gegendert würden, bestätigte die Stadtverwaltung, dass sie gendgerecht formuliere (URL 6). Das entspricht im Übrigen auch dem Bekenntnis der Stadt in einer Publikation vom Juni 2021, „Gemeinsam setzen wir Zeichen für die Gleichstellung“ (URL 7). Dass im Fall der Schafe dennoch zusätzlich zur orthografisch nicht normgerechten Form mit Binnen-I ein Fehler passiert sein dürfte, steht auf einem anderen Blatt: Wie die „Kronen Zeitung“ nämlich weiter erfuhr, hätte es heißen müssen „tierische Mitarbeiterinnen“ – denn die Schafe seien durchwegs weiblich gewesen.

Der Schreibgebrauch in Österreich im Vergleich

Dass die Orthografie heute weitgehend zu Gunsten der Gender-Diskussion in all ihren Facetten aus den Schlagzeilen verschwunden ist, bedeutet freilich nicht, dass sich die Probleme bei der Rechtschreibung in Luft aufgelöst hätten. Zwar haben die Einsetzung des Rechtschreibrats und sein sehr zurückhaltendes Agieren stark zu einer Befriedung der Situation beigetragen. Die – für sich genommen wohlbe gründete – teilweise erfolgte Zurücknahme der Reform dürfte die Verwirrung vieler Schreibender aber zum Teil noch verstärkt haben. Zurückgeblieben ist eine weit verbreitete Verunsicherung. Dieser wird zum Teil – beim Schreiben mit Hilfe von Textverarbeitungsprogrammen – durch die Markierung möglicher Fehler begegnet; wo eine solche Unterstützung aber nicht anschlägt oder überhaupt fehlt, schlägt sich die Unsicherheit schwarz auf weiß in der Rechtschreibung nieder. Im Rückblick erscheint die Rechtschreibreform zu einem gewissen Grad als ein Bären dienst an der Orthografie. Oder entspricht das nur dem zuweilen vorherrschenden Gefühl, früher sei alles besser gewesen? Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, dass insgesamt die orthografischen Kenntnisse und Fähigkeiten nicht zugenommen, sondern eher abgenommen haben.

DIE PROBLEME DER RECHTSCHREIBUNG HABEN SICH NICHT IN LUFT AUFGELÖST, SIE SIND ABER ZU GUNSTEN DER GENDERDISKUSSION AUS DEN SCHLAGZEILEN VERSCHWUNDEN

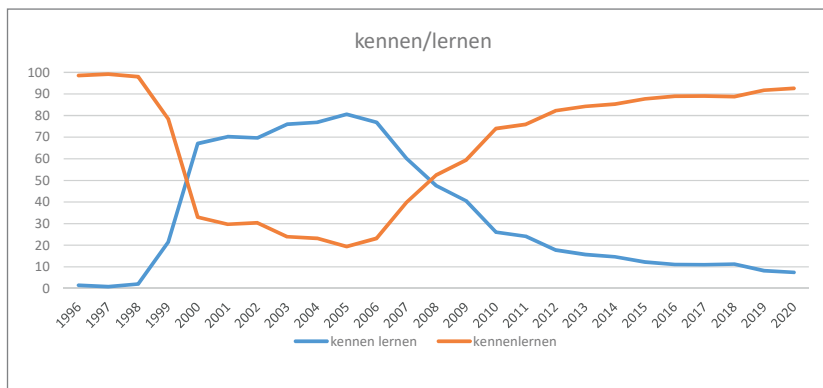


Abb. 2: Die Entwicklung von ‚kennenlernen‘ im Gefolge der Rechtschreibreformen im Austria Media Corpus

Was sagt dazu die Statistik? Belastbare Daten über den Schreibgebrauch der Gesamtbevölkerung existieren nicht. Sehr wohl wurde und wird die „professionelle Schriftlichkeit“ genau beobachtet, sowohl am Leibniz-Institut für Deutsche Sprache als auch – auf Österreich konzentriert – von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Ein punktueller Vergleich von Auswertungen zu einzelnen Wörtern fördert interessante Erkenntnisse zutage. Beginnen wir mit *kennenlernen* und *leid tun*: In beiden Fällen hat die Rechtschreibreform im Lauf der Zeit mehrfach Veränderungen bewirkt, die sich in den Korpora bemerkenswert deutlich niedergeschlagen haben. Im Folgenden wird nur der Verlauf in Österreich abgebildet, wie er weitgehend den Ergebnissen des Orthografischen Kernkorpus (vgl. Krome 2022) entspricht.

IM RÜCKBLICK ERSCHEINT DIE RECHTSCHREIBREFORM ZU EINEM GEWISSEN GRAD ALS EIN BÄRENDIENST AN DER ORTHOGRAFIE. ODER ENTSPRICHT DAS NUR DEM ZUWEILEN VORHERRSCHENDEN GEFÜHL, FRÜHER SEI ALLES BESSER GEWESEN?

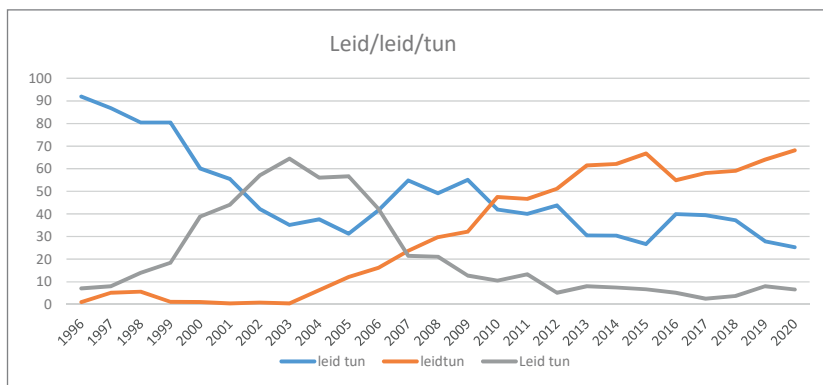


Abb. 3: Die Entwicklung von ‚leidtun‘ im Gefolge der Rechtschreibreformen im Austria Media Corpus

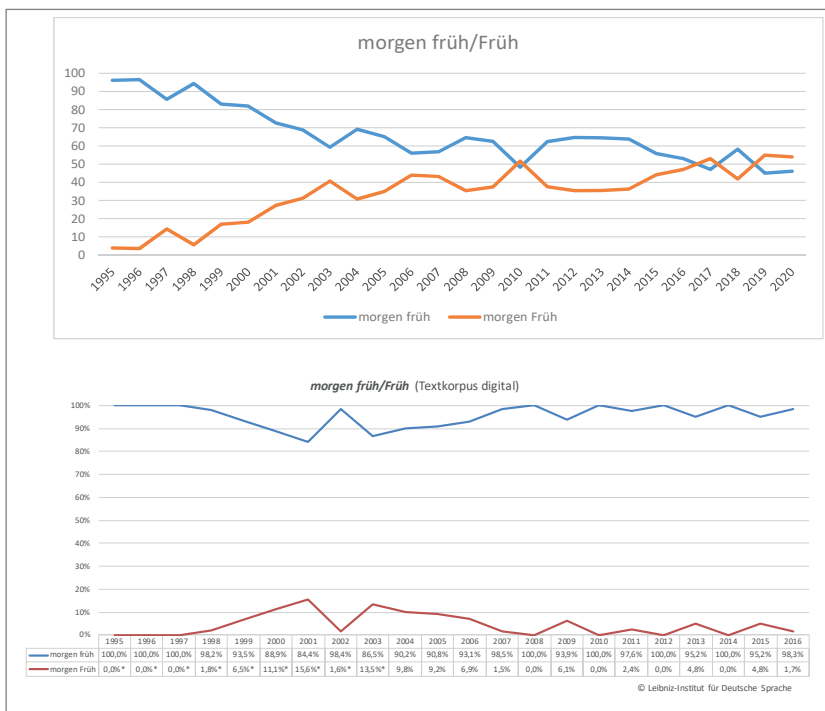


Abb. 4: Die Entwicklung von ‚morgen früh‘ im Gefolge der Rechtschreibreform im Vergleich von Austria Media Corpus (oben) und Textkorpus^{DIGITAL} des IDS (unten)

Das Wort *kennenlernen* war vor der Reform ein zusammengeschiedenes Verb. Ab 1996 war es als Verbindung von Verb und Verb getrennt zu schreiben, seit 2006 ist – als Kompromiss – Varianz zugelassen. Seither wird jedoch mehr und mehr nur noch die ursprüngliche Form der Zusammenschreibung genutzt. Wozu dann aber das Ganze? Das Austrian Media Corpus der ÖAW (vgl. URL 8), in dem Daten einer Fülle an österreichischen Tageszeitungen, Magazinen und Fachzeitschriften gesammelt sind, spiegelt den zeitweiligen Wechsel der hochfrequenten Phasen der jeweiligen Varianten deutlich wider.¹

Der Fall *leidtun* ist etwas komplexer: Die alte Schreibung war – getrennt – *leid tun*, wurde aber mit der Reform 1996 zu einer Verbindung von Verb und Substantiv: *Leidtun*. 2004 wurde dies auf ein zusammengeschriebenes *leidtun* korrigiert. Auch diese Entwicklung zeigte sich in der professionellen Schriftlichkeit laut Austrian Media Corpus, ebenfalls analog zum Orthografischen Kernkorpus: Das Hauptwort *Leid* ist aus dieser Verbindung verschwunden, das zusammengesetzte *leidtun* verdrängt das getrennt geschriebene zusehends (s. Abb. 3).

Bei einem dritten Beispiel hingegen klapfen die Entwicklungen im deutschen Sprachraum insgesamt auf der einen Seite,

in dessen österreichischem Ausschnitt auf der anderen Seite signifikant auseinander. (Angesichts der niedrigen, jährlich maximal dreistelligen Frequenz kann es nicht verwundern, dass der Gebrauch in Österreich das Orthografische Kernkorpus nicht deckungsgleich widerspiegelt.) Es geht um die Wendung *morgen früh*. Nach § 55 Abs. 6 des Amtlichen Regelwerks sind Ausdrücke, die als Bezeichnung von Tageszeiten nach den Adverbien *vorgestern*, *gestern*, *heute*, *morgen*, *übermorgen* auftreten, als Substantive zu verstehen und daher großzuschreiben. Als Beispiele werden *heute Mittag* und *gestern Abend* genannt. In Österreich wird die Bezeichnung für „morgen zu früher Stunde“ seit der Reform vielfach analog behandelt und daher *morgen Früh* geschrieben. Während im Orthografischen Kernkorpus die Schreibung ununterbrochen deutlich überwiegend mit *morgen früh* ausgewiesen ist, zeigt sich im Austrian Media Corpus eine klare Tendenz zur Varianz: Die Frequenzen der verschiedenen Schreibweisen tendieren im Lauf der Zeit in Richtung 50:50. Damit wird in Österreich die ursprünglich als allein richtig geglaubte Schreibung *morgen früh* durch die reformbedingten Änderungen in anderen Fällen im Sinne der Substantivierung zurückgedrängt.

Bemerkenswert ist auch die unterschiedliche Entwicklung bei dem Wort, das in alter Schreibung *selbständig* lautete. Die Reform machte daraus – dem Bestreben folgend, alle Buchstaben der Einzelwörter zu schreiben – (auch) *selbstständig*. Varianz ist also zulässig, unverändert seit 1996. Welches Bild zeigen die Korpora? Im gesamten deutschen Sprachraum ist seit der Reform gleichbleibend eine starke Varianz zu beobachten:² Bis 2016 erreichte keine der beiden Schreibweisen jemals einen höheren Anteil als zwei Drittel.³ 2016 lagen beide Varianten gleichauf. Im österreichischen Korpus (abzüglich „Wiener Zeitung“, die mit den zahlreichen amtlichen Veröffentlichungen aus Firmenbuch und Insolvenzregister die Ergebnisse überproportional beeinflussen würde) hingegen verkehrte sich das Verhältnis zwischen den beiden Schreibweisen im Lauf der Jahre 1998 bis 2000 ins Gegenteil. Seither ist *selbstständig* die dominierende Schreibung.

DIE DIGITALE SCHREIBBEOBACHTUNG DEUTET DARAUFG, DASS EINE GEWÖHNUNG AN DIE NEUEN REGELN, KONVENTIONEN UND SCHREIBUNGEN STATTFUNDEN HAT

Die Varianz im Schreibusus, die im Textkorporus^{DIGITAL} deutlich zum Ausdruck kommt, spiegelt sich sogar im geltenden österreichischen Recht wider. In zahlreichen Gesetzen und Verordnungen finden sich beide Schreibweisen, in vielen davon sogar in nächster Nähe zueinander: So ist in § 3 des Einkommensteuergesetzes in drei direkt aufeinanderfolgenden Unterabsätzen zweimal von *selbständig* die Rede, einmal von *selbstständig* (Einkommensteuergesetz 1988). Oder: Nach den Begriffsbestimmungen des Hochschulgesetzes erfordern „Masterarbeiten“ die „selbstständige“ Bearbeitung wissenschaftlicher Themen, „Künstlerische Masterarbeiten“ jedoch eine „selbständige“ und wissenschaftlich fundierte künstlerische Arbeit (Hochschulgesetz 2005).

Es mag sich dabei um einen winzigen Ausschnitt des Schreibgebrauchs handeln. Verunsichert hat die Rechtschreibreform aber allemal – zunächst durch ein Konzept, das die Orthografie nach formalen Regeln ausrichtete, ohne dem Schreibgebrauch einer Mehrheit der Lesenden und Schreibenden Rechnung zu tragen, dann durch die erneuten Änderungen, welche die Neubearbeitung 2006 zur Folge hatte. Aber die digitale Schreibbeobachtung deutet darauf hin, dass offenbar eine Gewöhnung an die neuen Regeln, Konventionen und Schreibungen stattgefunden hat, dass die Hausorthografien der verschiedenen Verlagshäuser, Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr eklatant voneinander abweichen. Die „neue Rechtschreibung“ 2006 dürfte bei den meisten angekommen sein und spielt wohl nicht mehr die Rolle, die jetzt das Thema Geschlechtergerechte Sprache und Schreibung eingenommen hat. Perspektivisch kann der Rat hoffentlich auch bei diesem Thema wesentlich dazu beitragen, die Einheitlichkeit der Rechtschreibung in allen Ländern des deutschen Sprachraums auch in Zukunft zu gewährleisten – als zuverlässige Orientierung für Lesende und Schreibende gleichermaßen. ■

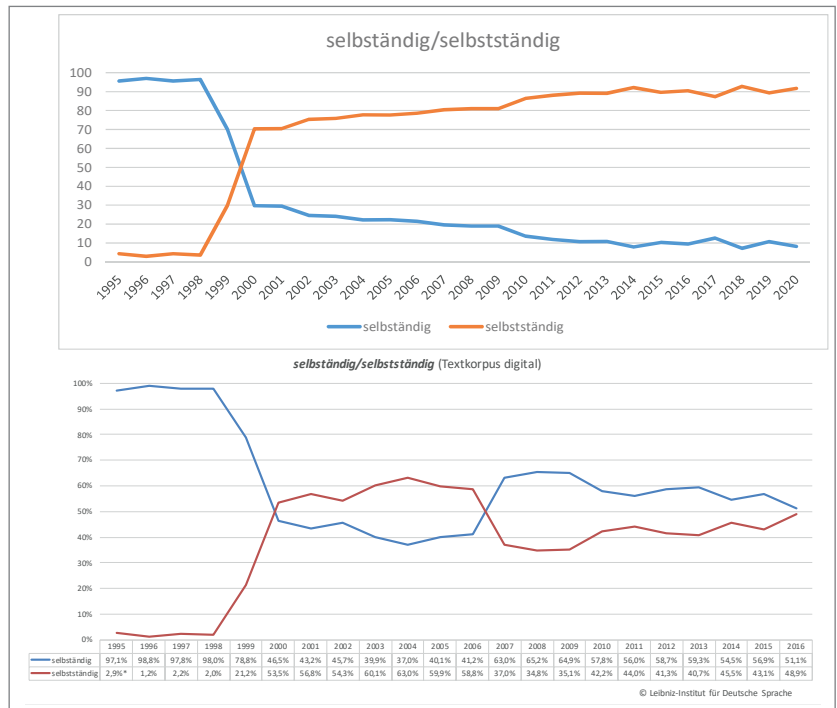


Abb. 5: Die Entwicklung von ‚selbst(st)ändig‘ im Vergleich von Austria Media Corpus (oben) und Textkorporus^{DIGITAL} (unten)

Anmerkungen

- ¹ Für die Unterstützung bei der Arbeit mit dem Austrian Media Corpus bedanke ich mich bei Hannes Pirker, ÖAW.
- ² Für die Unterstützung bei der Arbeit mit dem Korpus des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache bedanke ich mich bei Sabine Krome, Leiterin der Geschäftsstelle des Rats für deutsche Rechtschreibung.
- ³ Der höchste Wert war 65,2% für *selbständig* im Jahr 2008.

Literatur

- Bundesverfassungsgericht (BVerfG): Leitsätze zum Urteil des Ersten Senats vom 14. Juli 1998. 1 BvR 1640/97. <www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/1998/07/rs1980714_1bvr164097.html> (Stand: 15.12.2021).
- Frey, Eric (2004): Verbissene Rechtschreiber. In: Der Standard vom 9.8.2004.
- Hochschulgesetz (2005): Rechtsinformationssystem des Bundes: Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Hochschulgesetz 2005. §35 Zif 13 und 14 Hochschulgesetz, Fassung vom 15.12.2021. <www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20004626> (Stand: 15.12.2021).
- Hintze, Christian Ide et al. (2004): ‚Österreichisch‘ als eigene Sprache. In: Der Standard vom 14./15.8.2004 (siehe auch URL 3).
- Hütter, Frido (2004): Rechtschreib-Debatte oder Seuchenalarm im Feuilleton. In: Kleine Zeitung vom 16.8.2004, S. 6.
- Kommenda, Benedikt (2019), Lieb* Lesend*: Uni will Genderstern. In: Die Presse vom 20.12.2019, S. 27.

- Krome, Sabine (2022): Der Rat für deutsche Rechtschreibung im Spiegel von Sprach-, Norm- und Schreibwandel. Bilanz einer wechsellvollen Geschichte. In: SPRACHREPORT 1/2022. Mannheim: Leibniz-Institut für Deutsche Sprache, S. 26-37.
- Kronen Zeitung (2004): „Österreichs größte Zeitung kippt Schlechtschreibreform“ [Zitat aus der BILD-Zeitung]. In: Kronen Zeitung vom 15.8.2004, S. 2.
- Rat für deutsche Rechtschreibung (2018): Empfehlungen zur ‚geschlechtergerechten Schreibung‘. Beschluss des Rats für deutsche Rechtschreibung vom 16. November 2018. <www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_2018-11-16_Geschlechtergerechte_Schreibung.pdf> (Stand: 15.12.2021).
- Rat für deutsche Rechtschreibung (2021): Geschlechtergerechte Schreibung: Empfehlungen vom 26.03.2021. Beschluss des Rats für deutsche Rechtschreibung vom 16. November 2018. <www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_2018-11-16_Geschlechtergerechte_Schreibung.pdf> (Stand: 15.12.2021). <www.rechtschreibrat.com/geschlechtergerechte-schreibung-empfehlungen-vom-26-03-2021/> (Stand: 28.11.2021).
- Rechtsinformationssystem des Bundes: Einkommensteuergesetz 1988 §3. Abs 1 Zif 4 lit a – c. <www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10004570&Paragraf=3> (Stand: 15.12.2021).
- Schwaighofer, Christina (1996), Acht Staaten bekennen sich zur Schreibreform. In: Die Presse vom 1.7.1996, S. 7.
- Unterberger, Andreas: Die Presse macht nicht mit. In: Die Presse vom 6.9.1997, S. 2.
- Unterberger, Andreas: Neue Zeitung, neue Bücher und Schreibweisen. „Presse“-intern. In: Die Presse vom 26.2.2003, S. 2.
- URL 1: <https://web.archive.org/web/20190722090656/http://won.mayn.de/rechtschreibreform/n-fra-e.html> (Stand: 31.05.2022).
- URL 2: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Juli 2000, S. 1, zitiert nach presstext. <www.presstext.com/news/20000726044> (Stand: 21.11.2021).
- URL 3: ‚Österreichisch‘ als eigene Sprache! In: Der Standard vom 14./15.08.2004. <www.derstandard.at/story/1759760/oesterreichisch-als-eigene-sprache> (Stand: 15.12.2021).
- URL 4: Zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung ab 1. August 2006, Nachtrag Juli 2011. In: SPRACHREPORT, Extraausgabe 2011. <https://pub.ids-mannheim.de/laufend/sprachreport/pdf/sr11-extra.pdf> (Stand: 15.12.2021).
- URL 5: Duden: Geschlechtergerechter Sprachgebrauch. <www.duden.de/sprachwissen/sprachratgeber/Geschlechtergerechter-Sprachgebrauch> (Stand 15.12.2021).
- URL 6: Presse-Service Rathauskorrespondenz: Insel-Schafe beenden die heurige Mäh-Saison auf der Donauinsel! <www.wien.gv.at/presse/2021/11/07/insel-schafe-beenden-die-heurige-maeh-saison-auf-der-donauinsel> (Stand: 15.12.2021).
- URL 7: Stadt Wien: Gemeinsam setzen wir Zeichen für die Gleichstellung. <www.wien.gv.at/medien/service/medienarbeit/richtlinien/pdf/leitfaden-richtiges-formulieren.pdf> (Stand: 15.12.2021).
- URL 8: Austrian Media Corpus. <https://amc.acdh.oeaw.ac.at> (Stand: 18.11.2021).
- Verfassungsgerichtshof (VfGH): Erkenntnis GZ V98/97; V125/97; V128/97; V129/97; V130/97; V149/97. <www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vfgh&GZ=V98%2f97&SkipToDocumentPage=True&SucheNachRechtssatz=False&SucheNachText=True&ResultFunctionToken=cd4d7442-b112-4c0c-8c44-f7a07dea2670&Dokumentnummer=JFT_10019375_97V00098_00> (Stand: 15.12.2021).

Bildnachweis

S. 24: Autor. ■